

Waldprüfsteine der Waldinitiative Berlin

Antworten der AfD Berlin

Frage 1: Wie setzen Sie sich aktiv dafür ein, dass Berlin so schnell wie möglich Gelder aus dem Programm KlimaWildnis und dem Wildnisfonds des Bundes beantragt und damit mehrere hundert Mio. € zur freien Verfügung erhält?

Antwort:

Wir wollen die Berliner Forsten personell und finanziell spürbar stärken, dies allerdings aus dem Landeshaushalt und mit klarer Priorität auf Pflege, Sanierung, Wiederaufforstung nach Stürmen und vorbeugende Maßnahmen gegen Trocken- und Klimastress. Bundesprogramme befürworten wir, sofern sie dem Berliner Bürgerwald konkret nützen und keine Bewirtschaftungs- oder Nutzungsverbote nach sich ziehen, die Pflege und Verkehrssicherung unmöglich machen.

Frage 2: Unterstützen Sie den Neuansatz der Berliner Forsten, auf Ernte im Berliner Stadtwald zu verzichten?

Antwort:

Einen vollständigen Ernteverzicht lehnen wir ab. Wir unterstützen eine naturgemäße Waldwirtschaft, die ökologische Stabilität, Artenvielfalt und Erholung voranstellt und den Holzeinschlag deutlich unter dem früheren Niveau hält. Verkehrssicherung, Beseitigung von Sturmschäden, Entnahme von invasiven Arten und die schonende Nutzung hochwertigen Stammholzes für regionale Verwendung bleiben notwendig. Bereits in der Vergangenheit sind wir im Umweltausschuss dafür eingetreten, dass Naherholung stärker gewichtet, großflächige Rodung zurückgefahren und der Waldumbau anders gestaltet wird. Die neuen Waldentwicklungsgrundsätze sehen wir positiv, sofern sie dem Grundsatz einer Pflege mit Augenmaß statt einer Totalruhe Rechnung tragen.

Frage 3: Unterstützen Sie den walddpolitischen Ansatz, den Berliner Bürgerwald als Naturwald und als Ökosystem zu betrachten und nach dem Prinzip des Minimaleingriffs und des „Prozessschutzes“ zu handeln?

Antwort:

Den Berliner Wald betrachten wir als Ökosystem und als Bürgerwald: er ist Erholungsraum und natürlicher Teil der Stadt. Ein vollständiger Prozessschutz würde Verkehrssicherung, Wegeerhalt, Brandvorsorge und die Bekämpfung invasiver Arten erschweren. Unser Maßstab ist naturgemäße Waldwirtschaft: so wenig Eingriff wie möglich, so viel Pflege wie nötig, damit der Wald resilient bleibt und seine Funktion als Erholungsraum erfüllt.

Frage 4: In der „Waldvision 2065 der Berliner Forsten“ ist vorgesehen, den Berliner Bürgerwald regelmäßig zu befahren und umzubauen, um ihn künstlich heterogen zu halten. Wie stehen Sie zu der Forderung der Waldinitiative Berlin, den Berliner Wald nicht wie vorgesehen alle 40/80 Meter mit Maschinenfahrwegen zu durchziehen („Feinerschließung“) und nicht mit schweren Maschinen „umzubauen“?

Antwort:

Wir lehnen es ab, den Berliner Wald flächendeckend mit einem dichten Netz neuer Maschinenfahrwege zu durchziehen und mit schweren Maschinen „umzubauen“. Zerschneidung, Bodenverdichtung und Versiegelung schädigen Wasserhaushalt, Bodenleben und Erholungswert. Wo Eingriffe nötig sind (Verkehrssicherung, Sturmholz, punktuelle Pflege), müssen sie bodenschonend, möglichst kleinflächig und mit leichtem Gerät erfolgen.

Frage 5: Wie setzen Sie sich dafür ein, dass in den Berliner Forsten und den übergeordneten Stellen in der Senatsverwaltung an Leitungspositionen nicht nur erntekundlich ausgebildete Förster:innen, sondern auch Biolog:innen, Waldökolog:innen, Systemwissenschaftler:innen eingestellt werden?

Antwort:

Leitungspositionen müssen nach Qualifikation und Leistung besetzt werden, nicht nach Standesdenken. Forstfachliche Ausbildung bleibt unverzichtbar, weil Haftung, Verkehrssicherung und praktische Waldbewirtschaftung dazu gehören. Ergänzend brauchen die Berliner Forsten und die Senatsverwaltung ökologische, bodenkundliche und systemwissenschaftliche Kompetenz. Wir wollen die Forsten personell stärken und interdisziplinär aufstellen – ohne Quoten und ohne die Försterinnen und Förster zu ersetzen, die den Wald vor Ort kennen.

Frage 6: Wie setzen Sie sich dafür ein, dass kein Waldholz in der Holzverbrennung gelangt?

Antwort:

Wertholz aus Berliner Wäldern gehört in langlebige Verwendung (Bau, Möbel, regionale Werkstätten), nicht in den Ofen. Die Verbrennung von Waldholz als angebliche Klimamaßnahme lehnen wir ab: Sie vernichtet Speicherleistung und erzeugt Druck auf die Wälder der Region. Minderwertiges Altholz und unvermeidbare Reststoffe sind davon zu unterscheiden. Gleichzeitig ersetzen wir die ideologische „Energiewende“ nicht durch eine neue Biomasse-Abhängigkeit, sondern durch einen technologieoffenen, grundlastfähigen Energiemix.

Frage 7: Befürworten Sie Kurzumtriebsplantagen?

Antwort:

Nein. Kurzumtriebsplantagen sind Agrarindustrie auf Kosten von Wald, Boden und Artenvielfalt. Den Berliner Wald in Plantagenlogik zu überführen, widerspricht naturgemäßer Waldwirtschaft und dem Bürgerwaldgedanken.

Frage 8: Setzen Sie sich dafür ein, dass auch auf Holz ein CO₂-Preis erhoben wird?

Antwort:

Nein. Wir wollen die CO₂-Abgabe abschaffen, nicht auf weitere Stoffe ausweiten. Ein CO₂-Preis auf Holz verteuert Bauen und Heizen, ohne den Berliner Wald gesünder zu machen. Maßstab unserer Energie- und Umweltpolitik sind Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und konkreter Schutz vor Ort, keine weiteren Steuern.

Frage 9: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Berliner Wald in seiner vorhandenen Größe nicht reduziert wird?

Antwort:

Ja. Neue Bauprojekte dürfen nicht auf bisherigen Grün-, Wald- oder Wasserflächen entstehen. Jeder gefälltete Baum ist nachzupflanzen und die Baumbilanzen müssen umfassend und transparent sein. Den Flächenverbrauch wollen wir reduzieren, entsiegeln, wo es sinnvoll ist, und die vorhandene Waldfläche dauerhaft sichern.

Frage 10: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass kein Wald für Straßen fällt – in Berlin für die TVO?

Antwort:

Den Grundsatz, wo es möglich ist, den Wald nicht für neue Siedlungs- und Gewerbeflächen zu opfern, halten wir für richtig. Der Tangentialverbindung Ost (TVO) stehen wir trotzdem positiv gegenüber: Die Verbindung wird im Osten Berlins verkehrlich dringend gebraucht, um Wohngebiete zu entlasten und Wirtschaftsstandorte anzubinden. Wir halten daher am Lückenschluss fest. Gleichzeitig fordern wir, den Eingriff so gering wie möglich zu halten und die Trasse entlang bestehender Infrastruktur

einzubinden. Konkret bei der TVO findet durch die Entsiegelung der Rudolf-Rühl-Allee eine deutlich Aufwertung des Waldgebietes statt.

Waldschutz und notwendige Verkehrsinfrastruktur dürfen nicht gegeneinander absolut gesetzt werden. Unsere Grundsätze ist: der Eingriff muss begründet, minimiert und vollständig ausgeglichen werden.

Frage 11: Wie stehen Sie zu Windrädern und Geothermieranlagen im Berliner Wald?

Antwort:

Windräder im Berliner Wald lehnen wir strikt ab. Sie bedeuten Rodung, Bodenverdichtung, Zerschneidung, Lärm, Schattenwurf und Gefahr für Vögel und Fledermäuse. Das Flächenziel von 0,5 Prozent für Windkraft in Berlin lehnen wir ab. Berlin darf nicht durch das Wind-an-Land-Gesetz gezwungen werden, Wald für Windräder zu opfern; wir fordern eine Bundesratsinitiative, diese Vorgabe für Stadtstaaten zu streichen. Unter unserer Verantwortung wird es keine Windräder im Wald geben. Geothermieranlagen im Wald beurteilen wir ebenso danach, ob sie Fläche, Boden, Wasserhaushalt und Erholung zerstören. Den Stadtwald zur Energieproduktionsfläche umzuwidmen, lehnen wir ab.

Frage 12: Wie stehen Sie zum Rückbau der alten breiten Maschinenfahrwege (Ernterückegassen) im Berliner Wald, um damit Kühlung, Wasser und Feuchtigkeit besser im Wald zu halten?

Antwort:

Grundsätzlich halten wir den Rückbau dort für sinnvoll, wo alte Rückegassen den Wasserhaushalt stören, den Boden verdichten und unnötig Fläche offenhalten. Rückbau und Renaturierung solcher Schneisen helfen, Kühle und Feuchtigkeit im Wald zu halten. Bestehende Wege für Erholung, Rettung und Verkehrssicherung müssen aber nutzbar bleiben. Hier sehen wir die Berliner Forsten als unseren engsten Partner. Denn die Berliner Förster wissen am besten, welche Wege in welchem Umfang zur Verfügung stehen müssen.

Frage 13: Wie stehen Sie zu einer nachhaltigen Lieferkette für die in Berliner Wäldern gefällten Bäume?

Antwort:

Soweit Holz anfällt (Verkehrssicherung, Sturmholz, schonende Pflege), muss es nachvollziehbar und regional verwertet werden: Sägewerke und Werkstätten in Berlin und Brandenburg, langlebige Verwendung vor energetischer Nutzung, keine anonymen Fernverkäufe. Eine „nachhaltige Lieferkette“ ersetzt aber nicht die vorrangige Frage, wie viel oder wie wenig Holz dem Wald überhaupt entnommen werden muss.

Frage 14: Wie setzen Sie sich für ein satellitengestütztes Monitoring der Waldentwicklung und des Bodenzustandes in den Berliner Wäldern und der öffentlichen Zugänglichkeit der erhobenen Daten ein?

Antwort:

Wir befürworten ganz klar ein praxisnahes Monitoring von Kronenzustand, Trockenstress und Boden – einschließlich Fernerkundung, wo sie den Förstern vor Ort nützt. Die Daten müssen dabei im Idealfall öffentlich und verständlich zugänglich sein. Ein Monitoring darf aber nicht zur Berichtspflicht-Bürokratie oder zur Vorbereitung neuer Verbote werden. Wir wollen außerdem das ehrenamtliche Artenmonitoring stärken (Kartierung, Betretungserlaubnisse für Fachleute, weniger Hürden), weil viel Wissen über die Stadtnatur von Bürgern kommt, nicht aus Behördenapparaten.

Frage 15: Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Berliner Forsten wie der Lübecker Stadtwald ein „gläserner Betrieb“ werden, der den Bürger:innen, die mit ihrem Steuergeld den Bürgerwald finanzieren, auf Fragen präzise und kostenlos Antworten geben muss?

Antwort:

Der Bürgerwald wird aus Steuergeld finanziert. Deshalb sind auch die Berliner Forsten zu Transparenz verpflichtet. Die Berliner Forsten müssen auf sachliche Fragen präzise antworten – Bestände, Einschlag, Verkauf, Pflege, Personal, Kosten. Ein „gläserner Betrieb“ nach dem Vorbild offener kommunaler Forstbetriebe ist richtig: regelmäßige, verständliche Berichte, keine Auskunftsverweigerung hinter Gebührenandrohung. Allerdings sehen wir auch bereits jetzt, dass die Berliner Forsten als transparenter Ansprechpartner und Berater den Bürgern, den Verbänden und der Politik zur Seite steht.

Frage 16: Wie setzen Sie sich dafür ein, dass bei Anfragen von Bürger:innen für die Antworten (z. B. in Form von bereits vorhandenen Excel-Tabellen) nicht weiterhin Gebühren in Höhe von mehreren hundert Euro erhoben bzw. angedroht werden? Setzen Sie sich dafür ein, dass Antworten des SenMVKU und der Berliner Forsten auf Anfragen von Bürger:innen grundsätzlich kostenlos sind?

Antwort:

Ja. Wer bereits vorhandene Tabellen, Karten oder Berichte abfragt, darf nicht mit Gebühren von mehreren hundert Euro abgeschreckt werden. Auskünfte der Senatsverwaltung und der Berliner Forsten an Bürgerinnen und Bürger müssen grundsätzlich kostenlos sein, soweit kein unverhältnismäßiger Sonderaufwand entsteht. Informationsfreiheit ist Teil des Bürgerwaldgedankens.